

Volkstimme

Einzelpreis 50 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Bismarck & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprech-Nr. 1111. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postbezugsstelle 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 24.00 Mark, monatlich 12.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und bei Abnahmebestellen vierteljährlich 23.75 Mark, monatlich 11.88 Mark. Bei den Postämtern vierteljährlich 24.50 Mark, monatlich 12.25 Mark. Einzelhefte 1.75 Mark, auswärts 2.50 Mark, im Heftamte 1.75 Mark, auswärts 2.50 Mark. Anzeigenpreis: 1.50 Mark. Ungezogen abgezogen geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfach-Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag den 13. Januar 1922.

33. Jahrgang.

Nationalistenrebellion in Paris.

Im politischen Paris brodelts mächtig. Die Nationalisten erheben die Fahne der Rebellion. „Gegen Briand!“ rönt's durch die Gänge der Kammer und des Senats. „Er verschachtet unsre Rechte auf die deutschen Zahlungen!“

Das herausziehende Gewitter ist von uns gestern angefüllt worden. In schnellem Fluge sind die schwarzen Wolken jäh heraufgezogen. Schon haben sich einige Blitze gelöst, die Donnererschläge hallen über die Dächer der Kammer und des Senats. Die Deputierten stecken aufgeregt die Köpfe zusammen und fragen sich, ob sie den Präsidenten des Ministeriums dort unten im Süden ungehindert wirtschaften lassen können. Ein großer Teil von ihnen kommt zu der Ueberzeugung, daß es nicht geht, wenn man nicht die Liebe der Wähler verlieren will. Und das will kein Abgeordneter.

Also auf zur Tat. Es tagen Ausschüsse der Kammer. Der Finanzausschuß zum Beispiel. Er beschließt einen geharnischten Protest gegen jede Erleichterung für Deutschland, gegen jede Schwächung französischer Rechte, wie sie in den Diktaten und dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai des Vorjahres festgesetzt worden sind.

Der Ausschuß der republikanischen Linken tritt zusammen. Dieselbe Luft der Unversöhnlichkeit. Im Namen von 240 Kammermitgliedern wird betont, die Regierung habe ohne jede Schwäche die Eintreibung der französischen Forderungen von Deutschland vorzunehmen. Die Kammer werde niemals ein Einverständnis gegen Deutschland, selbst nicht in der Form eines Moratoriums, zum Abschluß Frankreichs und Belgiens genehmigen. Ein französisch-englisches Bündnis dürfe nie zur Bedingung haben, daß irgendeine der französischen Forderungen an Deutschland oder irgendeine der französischen Garantien der bisherigen Verträge aufgegeben werden, ganz besonders nicht die territorialen Pfänder, also die Besetzung der Rheinlande.

Diese Willensäußerung von 240 Abgeordneten wird dem Ministerpräsidenten am Mittwoch früh nach Cannes telegraphiert. Briand wird blaß beim Lesen. Ihm läuft eine Gänsehaut über den Rücken.

Es kommen noch schlimmere Meldungen. Der alte Kriegstreiber Poincaré, der während des Krieges Präsident der französischen Republik war, steht im Senat gegen seinen alten Widersacher Briand auf. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtigen und läßt von allen anwesenden 25 Mitgliedern folgende geharnischte Resolution beschließen:

Der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat auf Verlangen einer großen Anzahl seiner Mitglieder und mit Rücksicht auf das allgemeine Gefühl, das sich geltend in den Gruppen des Senats geltend gemacht hat, mich beauftragt, Ihnen erlicht Kenntnis zu geben von der Tagesordnung, die angenommen wurde. Der Ausschuß ist der Ansicht:

1. Daß der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau Frankreichs eine wesentliche Bedingung des Wiederaufbaues Europas ist.

2. Daß die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, unantastbar bleiben, daß also weder eine neue Reduktion noch eine Abänderung des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 angenommen werden kann. Es ist unzulässig, die belgische Priorität im mindesten zu erschüttern.

3. Frankreich kann sich zu der geplanten internationalen Wirtschaftskonferenz nur begeben, wenn es im voraus die effektive Zusicherung erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden.

4. Der zwischen Frankreich und England diskutierten Fakt muß vor allem die Garantien, die Ausfuhrungsmittel und die Pfänder, die Frankreich aus den Verträgen zu empfangen hat, bestätigen und ihn für die Gegenwart und Zukunft sichern. Der Ausschuß ist infolgedessen der Ansicht, daß nichts wirksam werden kann ohne die Mitarbeit des Parlaments.

Mit der Unterschrift Raymond Poincaré wird dieses Telegramm Mittwoch vormittag dem Ministerpräsidenten in Cannes überreicht. Er weiß es zu lesen. Der Nachfolger meldet sich. Und Briand wird noch um einen Ton blässer.

Da kommt das schwerste Geschloß angefliegen. Seine Ministerkollegen teilen ihm telegraphisch mit, daß sie mit seiner Haltung und mit seinen Absichten nicht einverstanden sind. Sie haben zwei Sitzungen abgehalten. Die zweite am Mittwoch früh unter dem Vorsitz Millerands, des Präsidenten der Republik. Beide Beratungen haben denselben Ausgang genommen. Die Kollegen erklären, daß sie von den telegraphischen Auskünften Briands und den Erklärungen des von ihm an die Seine entsandten Finanzministers Doumer nicht befriedigt sind und ihre Zustimmung zu den bisherigen Vereinbarungen nicht erteilen können.

Der Widerstand der engsten Kollegen schlägt dem Kaffe den Boden aus. Briand beschließt, sofort nach

Paris zu reisen. Für 24 Stunden, meint beruhigend der Draht. Der Aufenthalt Briands kann länger dauern. Es ist leicht möglich, daß er überhaupt nicht mehr nach Cannes zurückkehrt. Denn heute, wo Briand dem Ministerrat und dem Parlament Rede steht, werden die Blitze niederzucken. Am Dienstag gelang es nur mit knapper Mehrheit, eine sofortige Diskussion der Vereinbarungen von Cannes in der Kammer zu verhindern. Die nationalistischen Rebellen rüsten sich, die vorbereiteten Beschlüsse von Cannes zu verhindern. Sie erhalten starken Zuzug aus den Reihen der Unschlüssigen, die nicht wissen, ob sie sich rechts oder links aufstellen sollen, weil sie nicht genau wissen, wo die Mehrheit liegen wird. Diese Helben der schlotternden Kriege geben ja immer den Ausschlag bei den Ministerstürzen.

Briand hat also Knall und Fall die Konferenz verlassen. Er hat die Engländer und die übrigen Delegierten mit recht langen Gesichtern sitzen lassen. Zwar wird versichert, daß die Verhandlungen ungeachtet dessen weitergehen; Loucheur, der Wiederaufbauminister, werde Briand vertreten. Das ist natürlich leeres Geschwätz. In Paris wankt das Ministerium oder doch sein Führer. Da kann man in Cannes nicht Beschlüsse fassen, nicht einmal beraten. Man weiß ja nicht, was in der Hauptstadt herauskommt. Man hat folglich keinen Boden mehr unter den Füßen. Die Engländer können Golf spielen. Und die Italiener können Ständchen bringen in der lauen Vorfrühlingsnacht der Riviera. Die Konferenz ist verlagert, solange man nicht weiß, was Paris entscheidet.

Die Engländer fluchen. Sie, die nüchternen Rechner und kühlen Beobachter, sind an solche Eruptionen nicht gewöhnt. Die verdamnten Gallier! John Bull holt die Flüche aus den Jahrhunderten wieder hervor, in denen Engländer und Franzosen sich als Erbfeinde gegenüberstanden. Aber auch die fastigen Flüche ändern nichts an der Tatsache: Briand ist nicht da, in Paris machen die Nationalisten Rebellion.

Die deutschen Delegierten werden von der Wendung ebenfalls betroffen. Sie waren gerade in Cannes eingetroffen, als Briand den Ort verließ, um in Paris als Vizepräsident zu fungieren. Um nicht die Zeit mit Ausflügen totzuschlagen, ist beschlossen worden, die Deutschen vor die Mitglieder der Reparationskommission zu bitten. Dort sollen sie die Auskünfte über die deutsche wirtschaftliche Lage geben, die von der deutschen Regierung vor Monatsfrist verlangt wurden und die bisher noch nicht erteilt worden sind. Die alliierte Reparationskommission wird dann dem Obersten State Bericht darüber geben. Je nachdem dieser Bericht ausfällt, werden die verbündeten Ministerpräsidenten weitere Auskünfte von den Deutschen einfordern. Aber wann? Der Oberste Rat ist ja unvollständig. Wann wird er wieder verjammelt sein und wie wird er dann aussehen? Wird es Briand noch einmal wie nach seiner Rückkehr von London gelingen, die schwarzen unheilvollen Wolken zu verschleichen und eine Mehrheit der Kammer auf seine Seite zu bringen? Die Aussichten sind gering. Zwischen den Jahren konnte sich Briand noch auf die Geheimnisse zurückziehen; jetzt ist zubielt durchgedrückt, jetzt ist die Opposition lebendig geworden. Die Deutschen müssen alles bezahlen! Wehe dem, der an diesem alten Säge zu rütteln wagt. Die Nationalisten entfalten die Fahne der Rebellion und ziehend kreischend durch die Pariser Straßen.

Lloyd George hat nach seiner Ankunft in Cannes zu Vertretern der französischen Presse gesagt, mit den alliierten Regierungen ließe sich leichter verhandeln, aber die öffentliche Meinung bereite die schwersten Hindernisse. Die öffentliche Meinung Frankreichs hat die Mahnung des Verbündeten nicht beherzigt. Wohl gibt es drüben verständige Männer, die im Laufe der letzten drei Jahre eingesehen haben, daß Diktate, die mit der Spitze des Schwertes nach alter Imperialistenmanier geschrieben werden, die von dem Schwert in Trümmer geschlagene Welt nicht wieder aufbauen. Die Haltung der französischen Kammer um Weischnachten herum hat bewiesen, daß solche Männer auch im Parlament sitzen. Aber die bloße Tatsache, daß dem deutschen Schuldner ein vorübergehender Zahlungsausschuß bewilligt werden soll, führt die Säbelkräcker wieder an die Spitze und schießt die Verständigen in den Hintergrund. Sie haben ihre Meinung zwar nicht geändert, aber sie wagen nicht mehr, sie laut und frei zu bekennen und der nationalistischen Opposition die rationalistische entgegenzustellen, die der Vernunft und der Einsicht in das, was wirtschaftlich möglich ist.

Die Franzosen sind eben allzulange mit der Befahrung gefüttert worden, daß die Deutschen den ganzen Krieg bezahlen müßten, bezahlen könnten und bezahlen würden, wenn nur der nötige Waffendruck ausgeübt werde. Sie haben noch nicht eingesehen, daß ein moderner Krieg sich überhaupt nicht bezahlt macht, auch nicht für die Sieger. Die Umstellung aus dem Siegertrausch in die Friedensbernuhnst geschieht langsam. Ueberall. In Paris beginnt sie erst.

Briand kämpft dort heute mit der Vorstellung, die er in Kaufstagen selber hat kräftig züchten helfen. Derweil sitzen die Konferenzteilnehmer in Cannes latentlos am Hörrohr des Telephons und erkundigen sich gespannt, wie es steht mit der Nationalistenrebellion in Paris. —

Kampfanzeige.

Gegen die skandalöse Steuerpolitik, wie sie gegenwärtig von den bürgerlichen Parteien unter verständnisvoller Führung des Reichsfinanzministers Hermes betrieben wird, haben wir anlässlich der jüngsten Rede des Finanzministers energisch protestiert.

Die Hermes-Politik hat nun auch die Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Gemeinsam mit den beiden sozialdemokratischen Parteien ist, wie wir bereits mitteilen, eine gemeinsame Kommission zur Bearbeitung der Steuerfragen eingesetzt worden. Die Gewerkschaften haben sich aber auch direkt an den Reichskanzler gewandt, worüber uns mitgeteilt wird:

In den Kreisen der Gewerkschaften herrscht eine starke Unzufriedenheit über die Latenzlosigkeit der Reichsregierung hinsichtlich der Heranziehung des Besizes zu den Steuerlasten. Bereits Mitte November v. J. haben die Gewerkschaften die bekannten zehn Forderungen der Reichsregierung und dem Reichstag eingereicht, aber von beiden Stellen ist in der Sache bisher nichts geschehen.

Im direkten Gegensatz zu den Gewerkschaftsforderungen hat der Reichstag inzwischen bei der Einkommensteuer sogar eine starke steuerliche Entlastung der großen Einkommen beschlossen. Während den Arbeitern und Festbesoldeten die Steuer bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung abgezogen wird, sind die übrigen Steuerpflichtigen schon seit Jahren mit der Steuerzahlung rückständig, weil angeblich die Steuerbehörden mit der „Veranlagung“ nicht fertig werden können. Statt diese rückständigen hohen Steuerjournale von den Besizenden einzuziehen, beginnen die Finanzämter jetzt damit, nachzukontrollieren, ob den Lohn- und Gehaltsempfängern die Steuer in richtiger Höhe abgezogen worden ist. Hierzu stehen also den „überlasteten“ Finanzämtern Zeit und Kräfte noch genügend zur Verfügung. Ungeduldet dieser Tatsache ist die steigende Unruhe bei den Arbeitern und Angehörigen wohl zu verstehen und eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und den Reichstag am Platze, daß sie den Bogen nicht überspannen lassen.

Wie wir hören, hat der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sich unter Berufung auf seine Forderungen vom November jetzt erneut mit dem dringenden Verlangen an den Reichskanzler gewendet, eine Entscheidung, insbesondere über die Erfassung der Sachwerte, baldigt herbeizuführen.

Die Reichsregierung und auch der Reichstag sollten sich keinem Zweifel hingeben, daß die bisherige Steuerpolitik zu den schwersten innerpolitischen Verwicklungen führen muß. Die bürgerlichen Parteien sollten sich nicht einbilden, daß den Sozialdemokraten unter dem Hinweis auf die bedrängte außenpolitische Lage alles zugemutet werden kann. Insbesondere der Deutschen Volkspartei darf kein Zweifel gelassen werden, daß ein innerpolitischer Brand sehr leicht an den Reibungen in der Steuerfrage entzünden kann. Es hat auch den Anschein, als wollten die Stresemänner es auf einen offenen Kampf ankommen lassen; wenigstens war in einem Organ der Volkspartei zu dem gemeinsamen Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften zu lesen:

Das ist eine Kampfanzeige, sowohl gegen die Regierung wie gegen die bürgerlichen Parteien. Die Reichsregierung will offenbar, nachdem sie bisher das Steuerkompromiß unter mancherlei Schwankungen hinausgeschleppt und hintertrieben hat, nunmehr nach dem Leipziger Parteitag der Unabhängigen die Schlahtwagen und eine Reichstagsauflösung erzwingen. Sie hofft nun in einem Wahlkampf mit Steuerhebe gegen die Besitzenden Parteigefährte zu machen. Zugleich glaubt sie eine Arbeitsgemeinschaft, wenn nicht Einigung mit den Unabhängigen zu erzielen und Deutschland mit einer rein sozialistischen Regierung beglücken zu können.

Die Volksparteiler brauchen sich in bezug auf die Steuerabsichten der Sozialdemokraten gar nicht in Verun-

Das Lebensmittelhaus Albert Meißner

Stephansbrücke 23

Ecke Petersberg : : Telefon 5683
bietet an für diese und nächste Woche:

- | | | |
|---|------------|-----------------------------------|
| Frische Wildaninchen ohne Kopf, ohne Fell und Gabe. | Pfund Mk. | 9.00 |
| Wildaninchen, gefalzene | Pfund Mk. | 7.00 |
| Setter Rauchspeck geräuchert | Pfund Mk. | 25.00 |
| Rollschinken und Aufschinken | Pfund Mk. | 25.00 |
| Setter Rindenspeck | Pfund Mk. | 28.00 |
| Bratwurst | Pfund Mk. | 20.00 |
| Margarine | Pfund Mk. | 20.00 |
| Galaheringe Größe 0.70 bis 1.80 | Schott von | 36.00 bis 100.00 |
| fl. Schotten- und englische Fettberinge | Stück von | 0.80 bis 1.50 |
| | Schott von | 45.00 bis 84.00 |
| Deffardinen - Gabelbissen aus Heringsfilet | Pfd. Mk. | 5.00 |
| Galzböhen | Pfd. Mk. | 2.60 - Gelbe Erbsen Pfd. Mk. 4.75 |

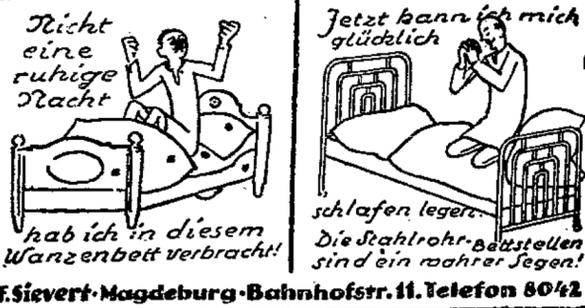
Konferben-Ausnahme-Preise

solange Vorrat reicht!

- | | | | |
|--------------------------------------|-------|------------------------------|-------|
| Birnen 2-Pfund-Dose | 8.50 | Stangenspargel 2-Pfund-Dose | 15.00 |
| Kirschen saure und süße 2-Pfund-Dose | 12.50 | Bruchspargel 2-Pfund-Dose | 16.50 |
| Pflaumen klein 2-Pfund-Dose | 12.50 | Bruchspargel 2-Pfund-Dose | 14.00 |
| Apfelsinen 2-Pfund-Dose | 8.00 | Schnittspargel 10-Pfund-Dose | 60.00 |
| Gewürz-Erbsen 2-Pfund-Dose | 8.00 | Loke entzogen Pfd. 7.50 | |
| Bohnen 2-Pfund-Dose | 8.00 | Saure Gurken | |
| Bohnen 4-Pfund-Dose | 13.00 | Raviar - Honig | |
| | | Bratberinge - Gardinen | |
| | | Gänse-Pöfelfleisch | |

Groß- und Einzelhandel
Galaheringe und Konferben sehr preiswert!

Fabrikverkauf



F. Sievert-Magdeburg-Bahnhofstr. 11. Telefon 8042

Kein Laden

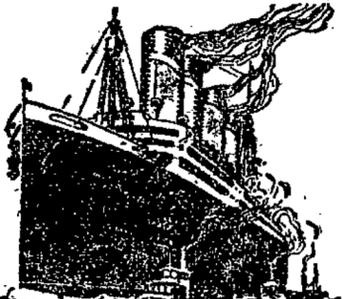


Konsumverein für Magdeburg und Umgegend

- E. G. m. b. H. -

Unsere Mitgliedern empfehlen wir
Vorzügliches Gefrier-Rindfleisch
in bekannter prima Qualität.
Frisches Schweinefleisch } anerkannt
Geräuchertes Schweinefleisch } gute tadel-
lofe Ware
zu billigsten Preisen. 294
Frisches Rind-, Kalb- und Hammelfleisch.
Wurstwaren
in vorzüglicher Qualität.

U.S. LINES



Regelmäßige Abfahrten
BREMEN NEWYORK
Vorzügliche Reisegelegenheit mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden ausrüstungs- und schnellen Doppelschrauben-Salvador-Dampfern „George Washington“, „America“ u. a. ab deutschem Hafen
Auskunft und Fahrpläne durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
In Magdeburg: Norddeutscher Lloyd, General-agentur Magdeburg, Seiftenweg 166, A10
In Oschersleben: Georg Wallstein, Barbierstr. 5,
In Leopoldshall: Richard Lochmann, Mittelstr. 16.

Weiß
Moltons, Linons 80 und 130 cm breit
Schlosser-Barchente
Schürzenstoffe
in nur allerbesten Qualität zu billigsten Preisen empfohlen
E. Rudolf Faß
Bismarckstr. 48 (1 Minuta vom Dom)
Geschäftszeit 1/2-1, 3-6

Freitag und Sonnabend empfehle
Große Buschhasen
Rücken, Keulen, Lauer, 14.00
pro Pfund
Schweinefleisch } 40.9
Dammelfleisch } zu bekannt
Rindfleisch } billigen Preisen.
Kalbfleisch }
Richard Bosse, Gr. Marktstr. 20.

Täglich frische Zufuhr in
Buschhasen!
- Rücken, Keulen, Lauer -
Sofengekröse
zu den billigsten Preisen.
Franz Schulze
Große Münzstraße 5. Fernspr. 3713.
Ankauf jeder Fellen zu den
Art von höchst. Preisen.

Gebrauchte Defen
verschiedene Sorten billig abzugeben
Gerne empfehle ich meine besten bewährten
Spardfen und Herde. A183
Ernst Bülow, Magdeburg Inselstr. 1. Telefon 4956.

Oft nachgemacht

doch nie erreicht,
am roten Frosch erkennt
man's leicht!
Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller: Werner & Merz A. G. Mainz.

Beständiges gut erhaltenes
Gebäude mit einer Peltis-
reife Bettstelle, wie neu
zu verkaufen. Lorenz
Goethestraße 37. 4616

Hobelbank
zu kaufen gesucht. 488
Biener & Chusid
Bismarckstr. 23. Telefon 1718.

Als Stützerin empfiehlt sich
für Winter-
küstel oder drei Gran Winter-
H. Schürze 1. 483

Unreines Blut
beseitigen Sie durch die Blutreinigungsmittel
der Hof-Apotheke Seiftenweg 15A.

Buchhandlung
Volksstimme
empfehle:
66 Prologe
für Arbeiterfeste
von Ernst Preussner.
Preis 10 Mk.

Geschlechtskrankheit!!
Schonunglos im eigenen Interesse!
Spezialarzt Dr. med. Demme
Bismarckstr. 123D.
Sprechstunden: 9-12, 4-7, Sonntag: 10-12 Uhr.

Sie finden bei mir
Uhren u. Schmuck
in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Günstig abzugeben werden Silber und Platin
mit Garantie gegenwärtig angekauft. 291
Otto Müller, Uhrmacher, Silber- u. Goldschmied
Karl-Heinrich-Str. 41.

Heute, am 12. Januar,
nicht am 12. Januar, wie im letzten Programm
angegeben, beginnt der
Inventur-Neifeverkauf.
Inventarversteigerung für Magdeburg u. Umgegend
- E. G. m. b. H. -

Für ausgekämmtes
Frauenhaar
zahlt für das Gramm bis zu
10 Pfg.
Albert Schwieger,
Seiftenweg 48 - Gr. Marktstraße 12.

S. Gutmann, Magdeburg
Wäsche- u. Aussteuer-Geschäft, Kaiserstr. 98-99, Eing. Alte Ulrichstr. Tel. 5295
Inventur-Verkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen! Sowohl Vorrat reicht!
Wischstoffe jeder Art bis zu den allerfeinsten. - Bettstamaste, Bettstättens, Linsens,
Halt- und Melzeinen, Bettuchstoffe in allen Breiten und Qualitäten. - Ia. Bott-
lecks, Tischtücher in jeder Größe und Qualität. - Handtücher, Wischtücher,
Frühlertücher. - Damen-Flöcke. - Luxus-Wäsche.

Buckau
Rest- u. Einzelpaare
zu außerordentlich billigen Preisen!
Beachten Sie meine Scharfenster.
Schuhwarenhaus Albert Himmelstern
Schönebecker Str. 94b. Fernsprecher 7524.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Januar 1922.

Vor neuen Preiserhöhungen.

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß eine neue unerhörte Preiserhöhung für Kartoffeln eintreten werde. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erließ ein laudables Dekret, aber in der Bevölkerung ist die Befürchtung allgemein, daß es doch zu neuen Preiserhöhungen kommen wird, wenn die Regierung nicht endlich etwas tut, um solche durch nichts gerechtfertigten wucherischen Forderungen zu unterbinden. Fachleute erklären, daß die deutsche Kartoffelernte durchaus ausreichend ist, es braucht nicht der drückende Mangel zu bestehen unter dem jetzt minderbemittelte Verbraucher leiden müssen. Die letzte Ernte war nicht überall gleich, aber die Gesamtmenge, die geerntet wurde, reicht für den Volksbedarf völlig aus. Trotzdem werden die Städte unzureichend und zu Wucherpreisen verkauft. Vor dem Kriege war der normale Preis 25 Pfennig für 10 Pfund. Heute kosten 10 Pfund minderwertige Kartoffeln 12,50 Mark. Das ist ein fünfzigprozentiger Preis gegenüber dem Friedenspreis. Der Reichsfinanzminister Dr. Hertel hat am Dienstag in der Sitzung der vereinigten Steuer- und Wirtschaftsausschüsse die inländische Kaufkraft der Mark auf das Zwanzigfache des Friedenspreises berechnet. Danach wären schon jetzt die Kartoffeln um das Zweieinhalbfache zu hoch. Der jetzige Kartoffelpreis ist nicht zu rechtfertigen, eine weitere Erhöhung bedeutet Auswucherung der Vermögen.

Zur Preiserhöhung für Kartoffeln soll aber eine gewaltige Erhöhung des Brotpreises kommen.

Die „Germania“ schreibt von einer Erhöhung um 50 Prozent. Als Ursachen werden hier einmal die zu erwartende Forderung der Entente nach einer Befreiung der Reichszuschüsse und weiter der dauernd ungünstige Stand der Valuta, der dazu geführt hat, daß die Ausgaben für das im Auslande gekaufte Getreide viel größer waren, als bei der Festsetzung des Brotpreises angenommen wurde, angegeben. An Argumenten für die Notwendigkeit abermaliger Preiserhöhungen fehlt es natürlich nicht. Selbst wenn man davon absehen wollte, daß die Forderungen der Entente noch gar keine konkrete Gestalt angenommen haben, so muß doch berücksichtigt werden, daß die Reichsregierung für das laufende Erntejahr die Brotverforgung gesichert hat. Eine Erhöhung des Brotpreises könnte deshalb frühestens von der neuen Ernte ab in Frage kommen. Für die Notwendigkeit einer „bedeutenden Erhöhung“ des Brotpreises, wie sie jetzt angekündigt wird, müßte man zum mindesten einen schlüssigen Nachweis fordern, der bisher jedenfalls nicht erbracht worden ist.

Wenn die Forderung der Entente auf Abbau der Zuschüsse zur Brotverforgung kommt, dann möge die notleidende Bevölkerung daran denken, wo der tiefere Feind zu suchen ist. Die Entente verlangt geordnete Finanzwirtschaft, denn sie will in erster Linie ihre Forderungen erfüllt haben und fragt selbstverständlich weniger nach deutschen Versorgungsschwierigkeiten. Die deutsche Finanzwirtschaft ist aber neu zu ordnen, wenn die Reichen endlich zur Steuerleistung herangezogen werden. Die Brotverforgung, die uns jetzt droht, hängt auch zusammen mit der Steuerfabrikation, die in den letzten Jahren von den bürgerlichen Parteien betrieben worden ist. Weil sie den

Geldbeutel der Besitzenden vor gerechter Steuerleistung schützen.

müssen die Armen das Brot mühsam teuer bezahlen. Die Reichen müssen von ihrem Besitz opfern, nur dann kann geordnete Finanzwirtschaft eintreten, nur dann auch den Armen durch das Reich geholfen werden in ihrer Ernährungsnot.

Rundgebung gegen die Gewerbesteuer.

Die Gewerbetreibenden haben in diesen Tagen ihre Veranlagung über die Gewerbesteuer erhalten. Steuerzeit pflegen in den jenseitigen Fällen angenehme Empfindungen anzuknüpfen, der Gewerbesteuerzeit hat die Empfänger in große Unruhe versetzt. Die Steuer, mit der das Gewerbe belegt wird, ist eine große Belastung darüber kann ein Zweifel nicht bestehen. Wenn sich die Gewerbetreibenden dagegen wehren, dann haben sie auch ihren Grund. Besonders die kleinen Gewerbetreibenden regen sich und machen Front gegen diese steuerliche Belastung. Heute veranstalteten sie eine Rundgebung, an der sich mehrere hundert Berufskollegen beteiligten. Sie zogen vor das Regierungspräsidium und unterbreiteten dort ihre Wünsche. Dort wurde ihnen zugestanden, daß sie noch einen Monat auf ihren alten Gewerbesteuerbescheid warten können. Dann wurde ihnen geraten, durch die Organisationen Ernährungsanträge an die in Frage kommenden Behörden zu stellen. Vom Regierungspräsidium wurde das Versprechen gegeben, bei dem Polizeipräsidenten und den Landräten dahin zu wirken, daß bei der Prüfung der Anträge weitestgehend entgegenkommen gezeigt wird.

Die Demonstranten begaben sich darauf nach dem Rathaus, um auch bei dem Magistrat ihre Forderungen zu stellen. Es ist immer gut, wenn eine Bevölkerungsschicht, die sich ungerecht behandelt glaubt, wehrt und nicht alles ergehen hinnehmen wie ein passiver Hund. Notwendig ist aber dabei, auch nach den wirklichen Ursachen zu forschen. Die Gewerbetreibenden wissen, daß in Deutschland nach dem wahnwitzigen Kriege schwere Steuerlasten zu tragen sind. Sie wehren sich ja auch nicht gegen die Besteuerung, ebenso wie die Arbeiter, Angestellte und Beamten, denen seit 1 1/2 Jahren ohne Erbarmen Abzüge gemacht werden, sich weigern, den Staat zu geben, was das Staats ist. All diese arg mitgenommenen Steuerzahler verlangen nur, daß der Feind in der gleichen Weise belastet, die große Last gerecht verteilt wird. Nur sind für die deutsche Republik Besitzsteuern beschlossen — aber vom ersten Augenblick an, als die Steuern beschlossen waren, haben alle bürgerlichen Parteien sich der Einziehung der Steuern widersetzt. Ihre ganze Kraft setzten sie ein, um die Gesetze wirkungslos zu machen und sie im Interesse der Besitzenden zu ändern. Die Steuerfabrikation der bürgerlichen Parteien ist daran schuld, daß der

Besitz geschützt und die Arbeit ungeheuer belastet wird.

Die bürgerlichen Parteien, eine schwerfällige Steuerbureaucratie, haben die deutsche Steuerpolitik zur Affenkomödie gemacht. Vor kurzem veröffentlichten wir eine Notiz, die kennzeichnend für die Steuerwirtschaft war. Ein Steuerbeamter fragt bei einem Berliner Großindustriellen nach der Höhe der Gratifikation für das Dienstmädchen beim hohen Reichs-

fest. Der Großindustrielle lacht den Beamten aus mit dem Hinweis, daß er selbst der Steuerkasse noch etwa 600 000 Mark schulde, für die er dringen auf Veranlagung warte. Man solle dafür sein Dienstmädchen in Ruhe lassen. Die bürgerlichen Parteien sind aber bemüht, die Besitzsteuern zu vereiteln. Der Reichsfinanzminister Hertel hat am Dienstag nicht mehr gewagt, von einer stärkeren Heranziehung der Sachwerte und einer weiteren Quote des Reichsnotopfers zu reden. Die gesamte bürgerliche Presse wütet und tobt gegen gegen die Sachwerte, gegen Heranziehung der Sachwerte. Der deutschnationale Abgeordnete Bader hat vorgestern in Magdeburg ausgeführt:

Er (der Reichsfinanzminister) verlangte also nicht mehr und nicht weniger, als daß der Privatbesitz zu den Leistungen des Friedensvertrags herangezogen werde. Diese Forderung war geradezu unerantwortlich.

Es ist nach deutschnationaler Ansicht geradezu unerantwortlich, daß der Privatbesitz, die großen Vermögen, die Goldwerte mit zu den Lasten des Friedensvertrags herangezogen werden. Das sagen die Kriegsheer und Kriegsschuldigen. Sie wollen am Kriege nur verdienen, alle Opfer aber sollen die Volksgenossen tragen, die sich von ihrer Arbeit nähren müssen. Die Gewerbetreibenden aber laufen in ihrer Mehrzahl dieser Gesellschaft der Ausbeuter und Steuerdrückberger nach. Sie sollten ihre Steuerangelegenheit auch einmal politisch betrachten und sich durch politisches Handeln zu schützen suchen.

Angestellte und Sozialversicherung.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund) fordert an Stelle der sehr teuren Angestelltenversicherung, die trotz der hohen Beiträge einen Fehlbetrag von 160 Millionen aufweist, eine große Sozialversicherung aller Arbeitnehmer. Es genügt weder die Angestelltenversicherung noch die Invalidenversicherung, da die Leistungen beider für das Alter lange nicht hinreichen. Wenn man nur in Betracht zieht, daß zum Beispiel die Angestelltenversicherung für Kursverluste 159 Millionen, für Neubau 25 Millionen und für Gehälter an 4000 Beamte, die selbst über die furchtbare Bureaucratie in der Verwaltung kagen, 56 Millionen zahlen mußte, kann man verstehen, daß nicht mehr viel für die Versicherten übrigbleibt.

Dieser unhaltbare Zustand ergibt sich, trotzdem nach den Mitteilungen der Reichsversicherung 240 000 versicherte Angestellte jahrelang Beiträge zahlten, aber inzwischen außer der Angestelltenversicherung ausgegliedert sind, ohne irgendwelche Rechte in Anspruch genommen zu haben. Ein kaufmännisches Geschäft, das mit solchen Verlusten arbeiten würde, hätte längst den Laden schließen müssen. Zu alledem kommt nun die Angestelltenversicherung mit weiteren Forderungen an die Versicherten und will die Versicherungsbeiträge bedeutend erhöhen. Dazu sind die Angestellten, die mit der Sorge ums tägliche Brot kämpfen müssen, nicht in der Lage, und wählen deshalb am Sonntag den 29. Januar die Liste Afa-Bund.

Sein Kind getötet.

Am 20. August 1920, in der Mittagsstunde, erschoss der Versicherungsbeamte Otto Kachel in der Wohnung seiner Schwiegereltern, hier, GutsMuths-Strasse, seinen 1919 geborenen Sohn Heinz und gab zwei Schüsse auf seine Frau ab. Die Frau wurde verletzt. Kachel, der 29 Jahre alt ist, stand gestern vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Angeklagte, ein im Aussehen und Benehmen außerordentlich ruhiger Mann, erzählt, wie er mit Erfolg die Volksschule besuchte, dann das Versicherungsfach erlernte, wie er dann weiter und weiter vorwärts getrieben und wie er schließlich zu einem Beamten einer Gesellschaft gebracht habe, der geachtet wurde. 1913 wurde er Soldat, erlitt einen Stützschlag, wodurch er längere Zeit in ärztliche Behandlung war. Dann brach der Krieg aus. Bei einer großen Offensive — 1916 bei Verdun — wurde der Angeklagte verwundet und nach 38 Stunden als der einzig Überlebende seiner Kompanie gerettet. Nach längerer Behandlung wurde er nochmals ins Feld geschickt. Doch die zerrütteten Nerven konnten nicht mehr Stand halten; er wurde aus dem Feuerbereich zurückbeordert.

Am 25. Juli 1918 hat er dann ein Mädchen geheiratet, die ihm schon etwa 10 Jahre bekannt gewesen sei. Kurz vor Abbruch des Krieges hat er noch einen Schlag mit einem Propeller an den Kopf erhalten. Während der Angeklagte vor seiner Militärzeit sich außerordentlich gesund fühlte, hat er nach dem Kriege öfter Zeiten gehabt, wo ihm jedes Bewußtsein fehlte. Es ist ihm aber dennoch gelungen, eine Inspektorstelle im Versicherungsbüro zu erhalten. Er ging nach München, seine Frau folgte ihm nach. Infolge seiner stark angegriffenen Nerven mußte er diese Stellung aufgeben und nahm eine Buchhalterstelle an. Während dieser Zeit sind durch die Schwiegermutter an seine Frau und auch an seinen Chef Briefe gelangt, die ihn persönlich herunterriefen. Seine Frau hat ihn dann mit dem Kinde verlassen, obwohl er beide herzlich geliebt habe. Dann habe er, um den Schmerz zu verdrängen, zeitweise auch Nachtarbeit gemacht. Der Angeklagte ist dann später aus Sehnsucht nach seinem Kinde nach Magdeburg gefahren. Belam es aber nicht zu sehen.

Der Angeklagte ist dann später wieder nach Magdeburg gekommen, um von seinen Eltern Geld zur Reise nach Italien, wo er eine Stellung antreten wollte, zu erhalten. Bevor er zu seinen Eltern ging, hat er eine ganze Nacht in der Rogauer Straße auf seine Frau gewartet, um diese doch einmal zu sprechen. Was ihm nicht gelang. Ebenso konnte er sie an ihrer Arbeitsstelle nicht antreffen. Durch das Weibchen hat er die neue Wohnung der Frau erfahren.

Was hat dann weiter abgepielt hat, weiß der Angeklagte nicht mehr. Nur darauf kann er sich besinnen, daß man ihm verwehrt, das Kind zu sehen. In einer früheren Verhandlung wurde durch ein Gutachten des Medizinalrats Dr. Seferstein der Angeklagte wohl als geistig minderwertig bezeichnet, aber doch nicht im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs. Der Angeklagte ist dann in Mitleiden vor Beobachtung gewesen. Das heutige Gutachten wird von dem Vorsitzenden der ärztlichen Gerichtskommission dahin erachtet, daß der Angeklagte zunächst schon erblich belastet, außerdem aber durch die im Kriege erlittenen Schäden zeitweilig und auch bei Begehung der Tat nicht im Besitz seiner Zurechnungsfähigkeit gewesen und daher der § 51 wohl in Anwendung zu bringen ist.

Der Staatsanwalt und der Verteidiger Dr. Hamerschlag plädieren für Freispruch. Die Geschworenen verneinen beide Schuldfragen, worauf das Gericht den Freispruch verkündet. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

— Belehrungsstunde für Parteigenossen. Ueber das Göttinger Parteiprogramm hält am Sonnabend den 14., 21., 28. Januar und am 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Salber Bürgerhalle für die Bezirke Sabitz, Buxtehude und Jermerleben Stadt, Genosse Henneberg Vorträge. Die Parteigenossen und Parteifunktionäre werden zu zahlreicher Teilnahme eingeladen. — Genosse Chefredakteur Bader hält am Freitag abend im Frank-Jugendheim den Schlussvortrag über „Die Weimarer Verfassung und der Sozialismus“. Anfang 7 1/2 Uhr. — Hinweis. Für meine Leser in Burg und Umgegend liegt heute ein Prospekt der Firma Paul Beder Nachf., Burg, bei.

— Das brennende Gas will die deutschnationale Partei in die deutschen Herzen gegen den Feind und den. Vor allem haben es ihr die Franzosen angetan, unter denen sie 20 Jahre ihres Lebens zugebracht hat. Es muß doch nicht so schlecht gemeint sein, wenn man es als Deutsche, mit dem flammenden Gas, den sie in ihrer Brust trägt, dort drüben so lange aushalten konnte. Sie empfahl, die Antisemitischen die Lektüre ihrer Lebenserinnerungen. Dann aber wurde die Stimme immer leiser und leiser. Die anfänglich andächtigen Zuhörer nickten sanft ein. Sie wackeln auch nicht auf, als die kampflustige Frau sich von dem Vorwurf zu reinigen versucht, daß sie mit ihrem Ausspruch: „Oberstleuten ist die letzte Waffenschmiede Deutschlands“ der Entente erst die Waffen für eine Abtrennung oberösterreichischen Gebiets in die Hand gedrückt habe. Dann plätscherte der Redestrom ungenötigt einschläfernd weiter. Die Versammlung schreite nicht auf, als der Magdeburger Professor Meyer der Referentin den Dank für ihre hervorragende Leistung abbläute. Daß in dieser blutdürstigen Nebensache auch die Sozialdemokraten als Volksvertreter gebremst wurden, gehört in das Programm der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Lambach, der sich als deutschnationalen Handlungsgehilfenverbändlers vorstellte, sprach über den sozialen Aufbau. Er verlag die Sozialdemokratische Partei mit einem Vorschlag, das gut ausgebaut, nur schwer zu säumen sei. Trotzdem müsse das Volkertum, zusammengeklüffelt zu einer „nationalen Einheitsfront“, das ist das neue Schlagwort, gegen dies Volkwerk antämpfen und Stellung auf Stellung nehmen. Da sind wohl die Sozialdemokraten, die Inabhängigen und Kommunisten, die im ersten Graben stehen zu überwinden, die zweite Stellung, halten die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Weiter hinten liegen Konsumvereine, Ortsrentenkassen und Invalidenversicherung auf der Lauer. Nun beabsichtigen die bösen Sozialdemokraten auch noch, die Angestelltenversicherung in ihre Hand zu bringen. Aber Lambach richtete sich zur vollen Höhe auf, da werden sie unterliegen. Zum Schluß zeigte er noch, wie er sich den sozialen Aufbau denkt. Fort mit dem Aktivistentag, fort mit den Betriebsräten, her mit Kruppaktien und mit Arbeitern, die arbeiten. Er verließ sich auf der Behauptung, daß kurz vor dem Kriege, die Offiziere des alten Heeres die einzigen gewesen sind, die wirklich gearbeitet haben. Erst, wenn wir wieder diese idealen Zustände haben, ist es Zeit, daß auch wieder ein Kaiser die Regierung übernimmt. Man sang noch ein schönes Lied und ging ermuntert und kampfesfroh nach Hause.

— Versammlungen der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen. Die im Laufe der vergangenen Woche stattgefundenen 13 Bezirksversammlungen des Reichsbundes der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen haben einen überaus starken Besuch zu verzeichnen gehabt. Aus den Geschäftsberichten der Bezirksleiter ging nicht allein eine ganz außerordentliche Erhöhung der Mitgliederzahl während des Jahres 1921 hervor, sondern auch, daß die bis jetzt erzielten Erfolge auf dem Gebiete der Kriegsbekämpften- und Kriegshinterbliebenenversorgung allein auf das korrekte und unermüdete Vorgehen des Reichsbundes der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, der größten Organisation, zurückzuführen ist.

— Vertrauensmänner der Schwerkriegsbekämpften. Für die Betriebsbetriebsmänner der Schwerkriegsbekämpften findet auf Antrag des Reichsbundes der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen am Dienstag den 17. Januar, abends 7 Uhr, in den Räumen des Magistrats, Apfelstraße 9, eine von der Fürsorgestelle der Kriegsbekämpften der Stadt Magdeburg einberufene Versammlung statt, in der Kamerad Silian über Heilbehandlung sprechen wird. Zur weiteren Aufklärung der Kriegsbekämpften ist das reifliche und pünktliche Erscheinen aller Vertrauensmänner unbedingt nötig.

— Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Nächste Sitzung am Sonnabend den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Heydtschule. Bericht über die Schritte zur Einführung der weltlichen Schule. Generalversammlung.

— Nachlassung in den Zügen. Bei der Erhebung der Fahrgebel von Reisenden ohne gültige Fahrkarte ist für die Höhe des Betrags der Umstand von entscheidender Bedeutung, ob die Reisenden „rechtzeitig“ gemeldet haben, daß sie nicht im Besitz einer gültigen Fahrkarte sind, oder ob sie es unterlassen haben, sich rechtzeitig zu melden. Als „rechtzeitige Meldung“ gilt in Abteilzügen, wenn der Reisende spätestens gleichzeitig nach dem Einsteigen — jedenfalls vor Prüfung der Fahrkarten — dem Schaffner durch das Fenster hindurch mitteilt, oder zu erkennen gibt, daß er nachholen müsse, in D-Zügen, wenn der in einem Abteil befindliche Reisende sich meldet, bevor der Schaffner an dem Abteil zur Nachprüfung der Fahrkarten erscheint oder wenn der im Seitengang sich aufhaltende Reisende sich meldet, ehe der Schaffner ihn zum Vorzeigen der Fahrkarte auffordert.

— Ortsauskunft für Arbeiterwohlfahrt. Am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, Vortrag des Bureauvorstehers Eisert im Jugendheim, Georgenplatz 10, über die Organisation der Armenpflege in Magdeburg. Gäste willkommen!

— Hausreparaturen und Arbeitslosigkeit. Die vor wenigen Tagen mitgeteilte, sind seitens des Reichsarbeitsministeriums dem Arbeitsamt rund 1 100 000 Mark zur Verfügung gestellt worden, um notwendige Hausreparaturen zu unterstützen, durch welche der Abbau der Erwerbslosigkeit gefördert, oder ihr Ausmaß vermindert wird. Mit den Vertretern der intersektierten Organisationen wurden die Richtlinien durchgesprochen, die bei Stellung der Anträge zu beachten sind. Es können für Arbeiter, die mit dem 31. März 1922 abgeschlossen sind, zurzeit für den Tag und den Kopf eines Arbeiters 28 Mark Zuschuß zur Verfügung gestellt werden. Anträge sind zu stellen in Zimmer 49 des städtischen Arbeitsamts (Abteilung Arbeitsbeschaffung); hier auch der telefonische Anruf. Dort wird jede gewünschte Auskunft erteilt, auch sind daselbst die borgehaltenen Antragsformulare zu erhalten. Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig kurz bemessene Frist liegt es im Interesse aller Beteiligten, (der Erwerbslosen, der Inhaber von zu reparierenden Wohnungen bzw. Häusern und der Untermieter) diese Anträge mit größter Beschleunigung einzureichen.

— Das billige Telefon. Billiger als der Brief ist heute in der näheren Umgebung — bis 15 Kilometer Entfernung — das Telefon-Gespräch. Während der Brief 2 Mark kostet, beträgt die Gesprächsgebühr „nur“ 1,25 Mark. Man kann in 3-Minuten-Gesprächsdauer allerhand erledigen und kommt vor allem schneller ans Ziel. Bei Bestellungen macht es mindestens einen Tag aus. Und, was noch besonders ins Gewicht fällt, die Antwort ist sofort da!

— Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einer Gefängnisinassin im Polizeigefängnis, wurden die Gefängnisinassin Friedrich Wujch zu 7 Monaten, Wilhelm Schröter zu 6 Monaten und der Polizeibetriebsassistent Wilhelm Schröter zu 8 Monaten Gefängnis vom Landgericht verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

— Gestohlen wurde aus einer Wohnung in der Hohepoststraße weißer Bettwäsche, teilweise gez. „M. G.“, eine vierfache Bettdecke. — Gestohlen wurde der wohnungslose Arbeiter Rudolf Freyhold, der an einem Einbruchsdiebstahl am Johannistrafhof in der Nacht zum 2. Januar beteiligt war.

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten.

Groß-Otterleben. Jungsozialisten. Heute abend Zusammenkunft in den „Sankt-Georgs-Hallen“.

Große Völkersleben. Am Sonnabend den 14. Januar Generalversammlung. Anfang 8 Uhr.

Kreis Wangleben.

In die Arbeiterjugendvereine.

Der Kreisaußschuß für Jugendpflege veranstaltet einen Lehrgang für weibliche Jugendpfleger. Er beginnt am Sonnabend den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Wangleben in Wiefers Lokal, wird fortgesetzt am Mittwoch den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, zu Egeln in Gutsch's Gesellschaftshaus und beendet am 21. Januar, Beginn 3 Uhr nachmittags, in Groß-Otterleben bei Körtzig. Für die Teilnehmer wird ein Tagegeld von 5 Mark und Bahnfahrt dritter Klasse gewährt.

Es wird erwartet, daß die Arbeiterjugendvereine Mädel, die Interesse daran haben, an diesem Lehrgang teilnehmen lassen.

Desdorf, 12. Januar. (Ein evangelisches Kino.) Durch die Kriegsberlänger waren die meisten Kirchengemeinden gequält worden, ihre Glöden dem von vielen Pastoren gepriesenen „Stahlschloß“ zu opfern. Auch die Glöden in unserm Orte mußten für Messen und Kulturerhaltung herhalten. Nun veranstaltet kirchlich gesinnte Kreise seit längerer Zeit eine Geldsammlung für Anschaffung neuer Glöden. Das Interesse für die Kirche und ihre Glöden scheint jedoch recht wenig in der Gemeinde vorhanden zu sein, denn man greift jetzt zur Veranstaltung einer Kinovorstellung, deren Einnahme für die Glödenbeschaffung verwendet werden soll. Die Arbeiter sollten sich überlegen, ob sie ihr lauer verdientes Geld für derartige überflüssige Zwecke opfern wollen. Angebracht würde es erscheinen, wenn man die Glöden, die man für Glöden, Kriegerveteranen und so weiter aufbringt, zur Unterstützung der Not armer Familien verwendet. Das wäre praktisches Christentum. Wie schlecht es mit der Opferwilligkeit dafür bestellt ist, ergibt man daraus, daß für eine durch die Fabrik immer geschädigte Arbeiterfamilie durch Sammlung knapp 1200 Mark einliefen, daß aber für Zwecke, die der Öffentlichkeit wenig oder gar nichts nützen, tausende aufgebracht werden.

Klein-Otterleben, 12. Januar. (Zur Beerdigung) des Genossen Engelhaus treffen sich die Parteimitglieder am Sonnabend nachmittags 2 1/2 Uhr bei Schütze.

Egeln, 12. Januar. (Die Generalversammlung) unseres Parteivereins findet am Sonnabend abend 8 Uhr im „Schwarzen Hof“ statt.

Eggenstedt, 11. Januar. (Die Generalversammlung der Partei) war gut besucht. Die Ortsgruppe zählt 75 Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Reigt jun., 2. Vorsitzender Riese, Kassierer Puhß, Schriftführer Dillhoefer. Genosse Puhß sprach kurz über Leistung, Partei, Presse und Steuern. Beschlüsse wurden, die Gesangsgruppe bestehen zu lassen. Die Lokalfrage wurde besprochen, ein Beschluß aber noch nicht gefaßt. Genosse Breittopf gab Auskunft über die Verhandlung mit der Oberförsterei Dingelsfeld wegen verbilligter Holzbeschaffung. Ein Antrag bespricht Durchführungswesen zu 12 Mark für den Meter bei Selbstschlag. Der Eintritt soll aber erst in Aussicht genommen werden. Genosse Puhß erläuterte dann den Jahresbericht der Arbeiterjugend. Die Bibliothek hat 60 Bände und Broschüren steht den Parteigenossen zur Verfügung.

Kaugenweddingen, 12. Januar. (Der Sozialdemokratische Verein) hält am Sonnabend abend 8 Uhr im Parteilokal eine wichtige Mitgliederversammlung ab.

Fürstweddingen, 12. Januar. (Parteiversammlung.) Am Sonnabend abend 8 Uhr findet die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins bei Werners im „Goldenen Löwen“ statt. Es sind wichtige Beschlüsse zu fassen.

Stammern, 12. Januar. (Die Generalversammlung) des Parteivereins wird am Freitag den 13. Januar, abends 8 Uhr, bei Siegmund abgehalten.

Weferegeln, 12. Januar. (Kürzungen statt Erhöhungen.) Die Knappschaftsinvaliden und -witwen erlebten bei der Auszahlung der Januarrente eine furchtbare Enttäuschung. Angehörig der ungedeckten Leistung erhielten diese Rente seit Monaten eine Aufbesserung ihrer mageren Rentenbezüge. Leider wurden diese Kürzungen nicht den jenseitigen Invaliden und Witwen jetzt die ihnen seit einem Jahre gezahlte Leistungszulage von monatlich 70 Mark vom Reichskassirer entzogen. Das wagt man den alten Veteranen der Arbeit zu bieten. Das „fürstliche“ Gesamtjahresentkommen eines Invaliden mit Frau betrug früher aus Rente- und Invalidenversicherung und Rentenzulage im Durchschnitt 200 Mark. Dafür sind dann aber auch neben der Invalidenversicherung 35 Jahre im Beitrage für die Knappschaftsversicherung gezahlt worden. Jetzt hat nun der Reichskassirer durch seinen Knappschaftsbescheid dieses Einkommen um 80 Mark gekürzt mit der Begründung, daß der Kassirer keine Veranlassung hat, bei der gebühren reichgeheulichen Regelung der Invalidenversicherung den Staat von seinen Verpflichtungen zu entlasten. Die furchtbare Reichskassirerei hat durch ihren Beschluß, alle Rentenbesitzer in Anrechnung zu bringen, dieses Vorgehen des Reichskassirats geradezu propagiert. Wer hilft den Invaliden aus der jetzigen Notlage heraus? Die Markwerke sind sehr wohl dazu in der Lage, zum wenigsten könnten sie den Invaliden einen Beitrag zu leisten auf die in Aussicht stehende Rente vom Reich.

Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß eine Änderung in dem neuen Gesetz erreicht wird, die dahin geht, daß durch Rentensbeiträge erworbene Rechte der Knappschaftsrentner nicht in Anrechnung gebracht werden. Den bürgerlichen Parteien des Reichstags haben die Invaliden den jetzigen traurigen Zustand zu verdanken, das mögen sich die Invaliden und Witwen merken.

Unterbezirk Wolmirstedt.

Werberwerbungen.

In Rehner, Mahlminkel, Farsleben und Samswegen sprach Landtagsabgeordneter Genosse Bollmann (Halberstadt) über „Was wird aus Deutschland?“ und schilderte die sozialdemokratische Politik, die die einzig richtige ist, um Deutschland vor noch größerem Elend zu bewahren. Die wertvolle Weibführung muß eine geschlossene Front gegen das Großkapital bilden.

Genosse Ludwig wies sodann auf den Wert der politischen Organisation und der Parteizeitung, die „Volksstimme“, hin. Er schilderte, mit welchen Schwierigkeiten Partei und Presse bei der ungeheuren Geldentwertung zu kämpfen haben. Deshalb muß es Pflicht eines jeden Arbeiters sein, unser Parteiblatt zu unterstützen und die bürgerlichen Zeitungen aus ihren Wohnungen zu entfernen. Die Versammlungen in Farsleben und Samswegen hatten einen sehr guten Besuch aufzuweisen, die in Mahlminkel und Rehner hätten besser besucht sein müssen. Trotz des schlechten Wetters am Montag hatten auch die Arbeiter von Schräcke, wo der konservative frühere Oberpräsident v. d. Schulenburg herrscht, an der Versammlung in Farsleben teilgenommen. Der Ertrag der Versammlung war in Rehner 24,50 Mark, Mahlminkel 42,50 Mark, Farsleben 53,75 Mark und Samswegen 105 Mark.

Diese Versammlungen waren der Auftakt der roten Werbewoche im Kreise Wolmirstedt. Mögen die folgenden Versammlungen ebenso gut verlaufen, dann wird der Erfolg für die Partei und „Volksstimme“ nicht ausbleiben. Parteigenossen und -genossinnen, stellt euch der Partei zur Verfügung, helft mit in der Werbewoche für die Sozialdemokratische Partei und die „Volksstimme“ zu werben.

Drugberge, 12. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonntag abend 1/8 Uhr wird bei Gastwirt Kühne die Generalversammlung abgehalten.

Desdorf, 12. Januar. (Die Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins war mäßig besucht. Die Abrechnung vom letzten Vierteljahr fand die Zustimmung der Anwesenden. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nach Besprechung des Wohnungswesens wurden die Schulverhältnisse scharf kritisiert. Der Schulvorstand soll ersucht werden, schnellstens die Abstellung der Mängel zu veranlassen. Auch die Gemeindevertretung muß für Abhilfe sorgen. Am Sonntag den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, spricht Reichstagsabgeordneter Genosse Bender. Jeder Genosse hat die Pflicht, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen; Verwandte und Bekannte sind mitzubringen.

Egeln, 12. Januar. (Eine öffentliche Verbraucherversammlung) findet am Sonnabend abend 7 1/2 Uhr im Gasthof von Kloppe statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterfrau, in die Konsumantenversammlung zu kommen.

Samswegen, 12. Januar. (Betriebsstilllegung und Arbeiterentschädigung.) Der Betriebsrat der H.-G. Bismarckhall schreibt: Seit Jahresfrist plant das Unternehmertum des Bismarckhall-Konzerns die Stilllegung des Kalinwerks Bismarckhall, Samswegen. Die Arbeitererschaft befindet sich seitdem im heißen Ringen um die Aufrechterhaltung des Betriebs, geht es doch um die Existenz von über 700 Belegschaftsmitgliedern. Schon 1920 machte sich die langjährige Spekulationslust der Kapitalisten und die wirtschaftliche Folgeerscheinung des langen Krieges sowie die Konkurrenz der Sfax-Lothringischen Werke infolge Abjahnungsmöglichkeit in der Kalinindustrie bemerkbar. Sämtliche Lager füllten sich und es fanden Arbeiterentlassungen und Betriebseinsparungen statt. Die Folge war die Stilllegung von vielen Kalk-, insbesondere Kalkalltwerken. Da nun Bismarckhall ebenfalls solches Kalkalltwerk ist und neigebungen ein zweiter Schacht geteuft werden mußte, erlitt ihn ebenfalls das Schicksal der Stilllegung. Trotz wiederholter Eingaben und Proteste ist es dem Betriebsrat leider nicht gelungen, einen so lebenswichtigen Betrieb aufrechtzuerhalten, obwohl im Umkreis von 30 Kilometern kein weiteres Kalinwerk besteht. Die Belegschaft wurde in wenigen Monaten, von Januar bis Mai, von über 700 auf 74 Mann herabgesetzt. Es wurde ein schwerer Leidensweg für die Bergarbeiter, alle wurden in den wilden Tanz des Elends hineingerissen, viele haben noch heute keine Erwerbsmöglichkeit, andre sind infolge der 16 Wochen lang dauernden halben Kurzarbeit in die denkbar schlechtesten Verhältnisse geraten. Die geplante Werksstilllegung wurde bis zum 7. Oktober von der Generaldirektion verschleiert; an diesem Tage wollte auf Antrag des Betriebsrats eine Kommission der Kalinwerkstelle auf Bismarckhall zur Prüfung des Flözes und der Verhältnisse. Die Werksleitung beantragte da zum ersten Male endgültig die Werksstilllegung. Diesem Antrag wurde unter der Voraussetzung der Anerkennung des § 85 des Kalinwerkgesetzes vom 22. Oktober 1921 vom Reichskassirer am 6. Dezember unter gewissen Bedingungen zugestimmt. Daranüber wurde am 1. Januar 1922 ab die Anteilquote restlos auf andre Werke übertragen. Die Stilllegung ist demnach am 1. Januar formell erfolgt und die Entschädigungsfrage ist jetzt spruchreif. Die Werksleitung hat den § 85 des Kalinwerkgesetzes vom 22. Oktober 1921 anerkannt. Wir haben erhalten sämtliche Kameraden, die durch Betriebsstilllegung und Stilllegung zur Entlassung gekommen sind, eine

— Eine Verärgerungsrede hielt der Hauptgeschäftsführer der großagrarischen „Deutschen Tageszeitung“, Vaeder, aus Anlaß der Bezirksparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in einer öffentlichen Versammlung im „Hofjäger“. Außer den Delegierten hatten sich ein paar Dubend Monarchisten eingefunden. Kampfbist bemühte sich der Redner, den Nachweis zu führen, daß die Regierung Wirth mit ihrer Erfüllungspolitik keine Erfolge erzielt habe. Seine besondere Wut richtete sich gegen Dr. Rathenau, den deutschen Vertreter in Cannes. Natürlich weil er Jude ist und was versteht. Weidenspaß den Deutschnationalen nicht, sie wollen solche Fachleute haben wie die Kappminister, möglichst unfähig und arbeiterfeindlich. Rathenau wäre nicht der Mann, der die deutsche Wirtschaft kennt, behauptete der Deutschnationale Vaeder kühn; aber Herr Vaeder kennt sie; schade, daß er nicht aus Patriotismus, von dem er so furchtbar viel auf Lager hat, nach Cannes geschickt ist. Er hätte auf Briand und Lloyd George sicher Eindruck gemacht. So mußte er seine Weisheit in Magdeburg loslassen. Er beschleunigte der Entente, daß sie berechtigt sei, die deutschen Finanzen und Steuern in Ordnung zu bringen, die Entente habe recht, wenn sie uns vorwirft, säumige Schuldner zu sein. Wir hätten die Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles erfüllen und das deutsche Volk mit indirekten Steuern belasten müssen. Das ist eine Pflichtenübernahme der Uebervachungsregierung. Eine deutschnationale Regierung hätte nicht die Reichsteuern ausgebaut, weil das unsere Kämpfe ansetzt, sondern die Verbrauchssteuern erhöht, wenn sie das Unglück gehabt hätte, jetzt regieren zu müssen. Die Sachwerte sind wenig besteuert, die Millionen sind steuerlich schwer belastet, die Landwirtschaft wirtschaftet weniger als 5 Prozent aus ihrem Besitz heraus. Unter einer härteren Ertragsform der Sachwerte, wie sie die Sozialdemokraten wollen, leidet die Arbeiterschaft, ruft der deutschnationale „Fachmann“ mürrisch aus. Die Industriellen handeln patriotisch, wenn sie der würdevollen handelnden Regierung Wirth keine Hilfe gebären. Drei Eingeständnisse entscheidend aber dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten: 1. die kapitalistische Weltordnung ist nicht die beste; 2. die deutschnationalen möchten brennend gern an die Regierung, damit sie die Reichsteuern hinterziehen können; 3. an einem Auseinanderfallen der Entente ist nicht zu denken. Trotz dieser dritten Erkenntnis schaute sich der „verantwortungsvolle“ deutschnationale Abgeordnete nicht, Rathenau in die Verantwortung zu erzeugen: Es darf niemals sein, daß die Sozialdemokratie eine Verhandlung zwischen den Vätern erreicht und, um das deutsche Volk der Verlorenen zu entziehen, den englischen Plan eines Dreibundes England, Frankreich, Deutschland veranlaßt. Wir Deutschnationalen wollen eine Regierung der nationalen Abwehrfront. Wir wollen uns von den Feinden das Leben erkämpfen. Deutsche Männer, nationale Politik, nationalen Willen, nationale Regierung, nationale Einheitsfront, eine christliche Völkergemeinschaft unter schmerzlicher Klage von den Alpen bis zum Meer. Hurra, Hurra!

— **Von der Feuerwehre.** Am Mittwoch nachmittags wurde die Feuerwehre zweimal zur Löschung von Zimmerbränden gerufen. 5 1/2 Uhr waren in einer Kabinenstube des alten Rathhauses Zimmerentzündungen durch unvorsichtiges Umgehen mit Streichhölzern in Brand geraten; während nach 6 Uhr im Hauze Knochenbrenner 5 durch die Wärme eines Kammerofens entzündet, Holz und einige Kleinföbel Feuer gefangen hatten. In beiden Fällen war die Gefahr durch den alarmierten Löschzug 1 bald beseitigt.

— **Schon wieder Telegraphenbrach gestohlen.** In der Nacht vom 9. zum 10. in der Nacht von 14 äußere wichtigen Reichstelegraphenleitungen dadurch getötet worden, daß aus dem Fernleitungsnetz Magdeburg—Viedrich zwischen den Stangen 7 bis 9 an der alten Verbindungsbahn unmittelbar hinter dem Aufhängungspunkt an der Kreisstraße nach Geyrathsebene etwa 303 Kilogramm 2, 3, 4 und 4,5 Millimeter harter Bronzeblech herausgeschlagen und gestohlen worden sind. Auf die Ermittlung der Täter wird eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Magdeburger Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Fernerleben. Freitag den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Parteinachrichtungen bei Kump. In dieser Sitzung nahen auch die Teilnahmestrichungen entschieden.

Arbeiterjugendbund Groß-Magdeburg. Der Gruppenleiter: Anton Wenzel wurde sofort im Jugendheim abgesetzt und werden. Dieser letztere nur ab Mitte November 08 und bei und bei.

Bezirk Fernerleben, Calbe, Wetzlar, Erfurt, Weimar, Dessau, Halle, Magdeburg, Wolfen, Leipzig. In dieser Sitzung ist die Arbeit der Parteigruppen in den verschiedenen Bezirken abgehandelt.

Witzleben 12. Donnerstag 12 Uhr alle Parteimitglieder, Bismarckstraße 11, Parteiverammlung.

Witzleben 12. Freitag 12 Uhr in Jugendheim, Grödenstraße 11, Parteiverammlung.

Bezirkgruppe GutsMuth 2. Heute abend 10 Uhr Parteiverammlung. Dieser Sitzung werden über „Magdeburger“.

Theater, Konzerte, Vorträge zc.

Städtische Theater. Stadttheater, Freitag (1. Abend): Sade von Kumpferer. — Sonnabend (2. Abend): Die Gelehrten des Königs. — Sonntag (3. Abend): Die Jägerskinder (Abend 7 Uhr).

Wilhelms-Theater. Freitag (Abend 7 Uhr): Die Gelehrten des Königs. — Sonnabend (Abend 7 Uhr): Die Gelehrten des Königs. — Sonntag (Abend 7 Uhr): Die Gelehrten des Königs.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Wilhelms-Theater. Erste Aufführung der Komödie „Der Pfaffenknecht“ von Fr. Schiller. Unter der Leitung des Regisseurs Herrmann.

Das geheimnisvolle Schränken.

Von dem Dichter E. Stebenjan.

(1. Fortsetzung.)

12. Kapitel.

„Ich hätte immer noch gern um dich, und das schändliche Schändliche mag mir noch in den Ohren, als Godfrey zu mir kam.“

„Er hat sich wirklich mit dem Schande gemacht.“ sagte er.

„Nun, und ich habe ihn schon gesehen!“ rief ich aus.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Gottfried hat sich mit mir nicht überredet.“ sagte er.

„Das nicht ganz so schlimm. Aber wir wollen es jetzt doch noch nicht gerühmen. Ich werde mich über das Thema Gedanken machen zu unterrichten suchen. Vielleicht habe ich auf einen Aufschluß, der mir sehr nützlich sein wird.“

„Und dann.“ sagte ich ernsthaft. „ist es natürlich möglich, daß überdies kein solches Geheimnis vorhanden ist.“

„Der Godfrey schreibe in unserm Namen Briefe das Handt.“

„Dann hätte ich mit Dir nicht überein, Lister.“ sagte er.

„Es möchte sein, daß der Parfüm, der uns beobachtet hat, es in einer Minute findet.“

„Er hätte sich zu befürchten, daß es Dir gelingen möchte.“ bemerkte ich.

„Er hätte auch allen Grund dazu.“ meinte Godfrey grimmig.

„Ich werde es morgen noch einmal versuchen. Auf ein mögliches Ergebnis: daß unser Freund mit den funkelnden Augen nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft im Auge faßt.“

„Die Augen sind nicht so leicht zu täuschen.“ bemerkte ich. „Und Paris ist kein Dummkopf.“

„Paris.“ meinte Godfrey bei. Die Augen sind ordentlich hell, aber länger als zehn Minuten würde sie ihn nicht aufhalten, wenn es überhört so lange dauern würde. Das Paris allerdings, so würde er noch keine zehn Sekunden handhaben. Du schmeißt Dir über den ganz ungewöhnlichen Charakter des Menschen noch nicht Rechenschaft zu geben.“

„Sag mir doch, was Du in deiner Aufregung gesagt, es sei der ganze Rest der Welt.“

„Nein ja.“ sagte Godfrey lächelnd. „Vielleicht war das etwas übertrieben. Sagen wir lieber „einer der größten.“ — aber mindestens ganz genug, um uns alle, wenn wir nicht auf unsern Fuß zu gehen, zu halten. Ich glaube, das heute wird Paris, um das Haus zu bewachen. Wenn sie krank sind und Paris hat, dann wird es noch gefährlicher.“

„Ich glaube das auch.“ sagte ich. „Man könnte meinen, daß der Parfüm, der uns beobachtet hat, eine Kanne abgibt. Wer ist dieser Parfüm, Godfrey? Du schmeißt Dich ja halt und halb vor ihm zu fürchten!“

„Ich fürchte mich völlig vor ihm, wenn er der ist, für den ich ihn halte — aber das ist ja bis jetzt noch eine bloße Vermutung. Gebulde Dich noch einen oder zwei Tage. Ich will jetzt Simmonds anrufen.“

„Er begann sich aus Telephon, während ich mich setzte und das Schränken in einer Art Vertiefung anstarrte. Welcher Art war die Vertiefung, in deren Mittelpunkt es zu stehen schien? Wer war dieser Mensch, daß Godfrey ihn als so schrecklich zu betrachten schien? Warum sollte er Philipp Vantine zu seinem Opfer erkoren haben?“

„Godfrey kehrte zurück, während ich mich noch durch dieses dumme Geheimnis hindurchzuwühlen suchte.“

„Alles in Ordnung.“ sagte er. „Simmonds schickt zwei von seinen besten Leuten her, um das Haus zu bewachen.“ — Einen Augenblick blieb er stehen und blühte auf das Schränken. „Ich komme morgen wieder.“ fügte er hinzu, „um es noch einmal zu versuchen. Ich habe den Handjüngling hier liegen lassen, wenn Du also Lust hast, jetzt einen Versuch zu machen, Lister.“

„Davor bewahre mich der Himmel.“ rief ich aus. „Aber vielleicht empfiehlt es sich, daß ich Paris anweise, Dich hineinzuwerfen. Ich hoffe, daß ich Dich hier nicht als Leiche auffinde, Godfrey.“

„Ich auch.“ meinte Godfrey trocken. „Aber ich glaube es nicht. Obwohl, sage Paris, er solle mich hereinlassen, zu welcher Zeit ich auch komme. Und nun zu Rogers.“

„Wie?“

„Ich habe nicht viel Lust, ihn heute abend zum Reden zu bringen. Aber vielleicht empfiehlt es sich doch, damit noch zu warten, bis ich mehr weiß, um mein Verhör danach einzurichten.“

„Er dachte schweigend einen Augenblick nach — „Inzwischen. Ich will warten.“ sagte er schließlich. „Ich möchte nicht riskieren, einen Fehlschlag zu tun.“

(Fortsetzung folgt.)

